



Einer von uns
Einer für uns

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Alexander Ulrich MdB

BERLIN INFO für die Woche vom 08.04.-12.04.2019

Aktuelle Stunde zum Mietenwahnsinn

Antrag - Privatversicherte in gesetzliche Krankenversicherung überführen

Wahl zum Vizepräsidenten

Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbständige

Antrag „Deutschland braucht ein Unternehmensstrafrecht“

Antrag - Die Bahn wieder ins Land bringen - Bahnstrecken reaktivieren

Antrag - Abbau von Bahninfrastruktur stoppen

Festnahme von Julian Assange

Meine Rede zu Protokoll - Außenwirtschaftsverordnung

Pressemitteilung - Fairer Handel mit China

Liebe Genossinnen und Genossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine Fraktion und ich sind froh, dass das Thema Mieten bzw. die dazu gehörige Enteignungsdebatte nun endlich medienwirksam geführt wird. Die Mieten in den Ballungsgebieten explodieren und sehr vielen Menschen fällt es zunehmend schwer ihre Mieten zu zahlen. Auf Antrag der Linken gab es in dieser Sitzungswoche eine Aktuelle Stunde zum Thema Mietenwahnsinn.

Antrag - Privatversicherte in gesetzliche Krankenversicherung überführen - Dieser Antrag wurde am Donnerstag im Plenum beraten. Ohne die private Krankenversicherung (PKV) würde vieles besser laufen im Gesundheitssystem. Überversorgung, Fehlversorgung, Unterversorgung, Wartezeiten, horrenden Beiträge bei älteren Versicherten, Mindestbeiträge bei freiwillig gesetzlich Versicherten und vieles mehr müsste nicht sein, wenn alle Menschen in einem System abgesichert wären. [[Antrag](#)]

Wahl zum Vizepräsidenten - Auch in dieser Woche stellte die AfD-Fraktion einen Kandidaten zur Wahl eines Stellvertreters des Bundestagspräsidenten und auch in dieser Woche wurde dieser mehrheitlich vom Bundestag abgelehnt. Die AfD zeigt sich in den Debatten immer wieder geschichtsrevisionistisch und fremdenfeindlich. Aus diesen Gründen allein halte ich Kandidaten der AfD-Fraktion für nicht wählbar.

Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbständige - Namentlich abgestimmt wurde am Donnerstag über einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, mit dem sie das Ziel benennt, den Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbständige zu verbessern. Die Fraktion DIE LINKE. stimmt diesem Gesetzentwurf zu, denn die EU muss ein Europa für die Beschäftigten werden. Die gravierenden Lücken in den Sozialsystemen der EU müssen endlich geschlossen werden.

Antrag - Deutschland braucht ein Unternehmensstrafrecht - Dieser Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde ebenfalls am Donnerstag beraten. In 21 von 28 EU-Mitgliedsstaaten existiert ein Unternehmensstrafrecht. Deutschland nimmt eine Sonderrolle ein, weil hier keine Gesetze zur strafrechtlichen Sanktionierung von Unternehmen existieren. Dies ist im Hinblick auf den „Diesel-Skandal“ und die Skandale in der Finanzwirtschaft (CumEx etc.) äußerst unbefriedigend. Daher fordert DIE LINKE auch in Deutschland die Einführung eines Unternehmensstrafrechts. [[Antrag](#)]

Anträge - Die Bahn wieder ins Land bringen. Bahnstrecken reaktivieren - und - Abbau von Bahninfrastruktur stoppen - DIE LINKE fordert die Reaktivierung von Bahnstrecken, die in den letzten Jahrzehnten aufgrund angeblicher Unrentabilität stillgelegt worden sind. Erfolgreiche Reaktivierungsprojekte haben gezeigt, dass es oft einen großen Bedarf gibt und die Bahn dadurch für viele Menschen wieder eine echte Alternative für ihre Mobilität wird. Ziel der LINKEN ist eine stärkere Verlagerung von Personen- und Güterverkehr auf die Bahn im Sinne einer sozialökologischen Verkehrswende. [[Antrag 1](#), [Antrag 2](#)]

Festnahme von Julian Assange - Nach sechs Jahren im Botschafts asyl hat die britische Polizei Julian Assange in London festgenommen. Wir finden, dass die Auslieferung an die USA unbedingte verhindert werden muss. Wem die Meinungs- und Pressefreiheit am Herzen liegt, muss jetzt für die Freiheit von Whistleblowern wie Julian Assange kämpfen. [[Nachricht von Sahra Wagenknecht](#)]

Meine Rede zu Protokoll - Außenwirtschaftsverordnung - Wir stimmen der Novelle der Außenwirtschaftsverordnung zu. Aber die jetzige Änderung der Außenwirtschaftsordnung ist nur ein erster Schritt, der noch lange nicht ausreicht um die Binnenwirtschaft und die Belegschaften vor marodierenden Finanzbanden und aggressiven Heuschreckenfonds zu schützen. Firmenübernahmen sollten immer geprüft werden, natürlich erst recht bei sicherheitsrelevanten Infrastrukturen, aber immer auch mit Hinblick auf das Allgemeinwohl. [Rede zu Protokoll wird nachgeliefert]

Pressemitteilung - Fairer Handel mit China - Gerade in Zeiten der Trump'schen „America first“-Politik ist das Bekenntnis Chinas zum Multilateralismus und den Regeln der Welthandelsorganisation ein wichtiger Schritt. Wettbewerbsverzerrungen durch Sozial- und Umweltdumping darf die EU aber nicht hinnehmen. [[Pressemitteilung](#)]

Ich wünsche Euch ein schönes Osterfest!

Mit solidarischen Grüßen



Euer Alexander